



# ICKINGER SCHAUKASTEN

HERAUSGEGEBEN VON  
DER ICKINGER SPD

6. JAHRGANG

NUMMER 18  
JAN. 1987

*Liebe Nachbarn,  
verehrte Mitbürger!*

Die SCHAUKASTEN-Redaktion und der Ickinger SPD-Ortsverein wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und gesundes Neues Jahr.

Sie werden feststellen, daß in dieser Ausgabe die Kommunalpolitik etwas kürzer kommt, als Sie es vom SCHAUKASTEN gewohnt sind.

Das liegt daran, daß wir unsere Bundestagskandidatin Dagmar Scholz ausführlich zu Wort kommen lassen und Sie auch in weiteren Beiträgen über Vorstellungen und Ziele der SPD für die kommende Legislaturperiode informieren wollen.

Jedenfalls liefern wir Ihnen mit dieser Nummer wie üblich einigen Lesestoff, der Ihnen hoffentlich einen der langen und kalten Winternachmittage und -abende verkürzen hilft.

*Mit freundlichen  
Grüßen!*

*Ingeborg Kugelmann  
Philipp Weißelmeier*



# AUS DEM RATHAUS

Die Weihnachtsferien wirkten auch auf das Gemeinderatsgeschehen.

Die davor liegenden Ereignisse, insbesondere das Geschehen um den geplanten Skihang, sind in der Tagespresse ausgiebigst behandelt worden; hier nur das Wichtigste in Kürze:

## Skihang

Erhebliche Unsicherheiten über das Ausmaß der Nutzung und über den Weg, diese Nutzung vorzubereiten, führten zu dem Beschluß, den Hang vorerst nicht im Flächennutzungsplan als Sportgelände aufzunehmen. Diesem Beschluß gingen Anträge von drei Fraktionen voraus, die einander inhaltlich ähnelten. Hier müssen die eventuellen Betreiber Klarheit schaffen.

## Sportplatz

Nachdem nunmehr im Gemeinderat die Entscheidung für den Standort Gymnasium gefallen ist, wurden

- die Feinvermessung des Geländes in Auftrag gegeben,
- die vorgezogene Befragung der Träger Öffentlicher Belange eingeleitet und
- im Haushaltsplan die erforderlichen Mittel vorgesehen.

Wir sind damit einem unserer alten Ziele ein gutes Stück nähergekommen.

## Finanzplanung

Außer den Mitteln für den Kauf des Sportplatzgeländes wurden als wesentliche Kosten in der Finanzplanung Mittel genehmigt in Höhe von:

1.200.000.- DM für den Neubau des Feuerwehrhauses, südlich des Rathauses, auf dem inzwischen von der Ge-

meinde hierfür erworbenen Grundstück, 450.000.- DM für den Grundstückskauf für das Vereinsheim in Dorfen, 300.000.- DM für das Einheimischen-Modell am Schäftlarn Weg (Planung/Erschließung) und 1.450.000.- DM für Straßenbau und Straßengrunderwerb.

## Einheimischen-Modell

Für dieses Projekt erstellt der Architekt gerade den Bauungsplan. Gemeinsam mit den Anliegern wird über den Ausbau des Schäftlarn Weges beraten, der laut behördlicher Forderung Bestandteil des Bebauungsplanes werden muß. Hier finden wir für unseren Wunsch, den Weg möglichst in seiner jetzigen Führung und Breite zu belassen, im Gemeinderat und bei den Anliegern Mitstreiter. Allerdings setzt dies bei den Anwohnern die Bereitschaft zur Anlage von zusätzlichen Ausweichstellen voraus.

Unser Vorschlag für die Oberflächenbefestigung: Zuerst den Grundausbau beginnen und nach Abschluß der wesentlichen Bauarbeiten auf dem gemeindeeigenen Grundstück die Oberfläche mit Mineralbeton befestigen. Sollte sich dies im Laufe der Zeit als nicht haltbar erweisen, kann immer noch nachträgliche eine Teerdecke aufgebracht werden - der Versuch eines Beitrages zu umweltbewußtem und landschaftsgerechtem Straßenbau.

## Unsere derzeit größte Sorge

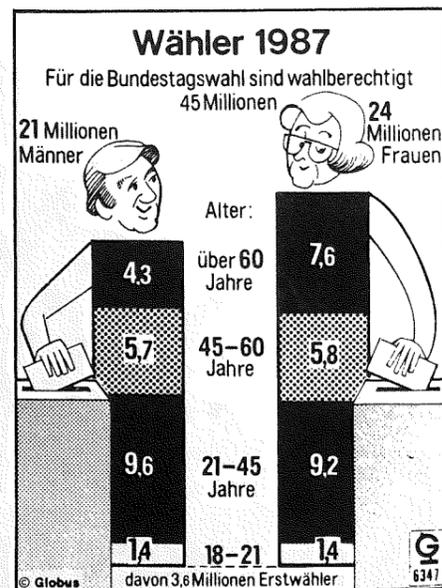
Nachdem all diese Projekte glücklicherweise und dank der Sparsamkeit der Gemeinde wohl einigermaßen mühelos

bezahlt werden können, stünde bei den meisten Vorhaben einer Realisierung im Laufe der nächsten Zeit nichts mehr im Wege.

Hier taucht ein anderes Problem auf: Die Personalausstattung der Gemeindeverwaltung wurde bisher mit äußerster Sparsamkeit betrieben. Wir glauben, daß mit dieser unter dem Stellenplan liegenden Besetzung die vor uns liegenden Aufgaben nicht so zügig durchgezogen werden können, wie es dringend erforderlich ist (Einheimischen-Modell am Schäftlarn Weg!!). Zur Realisierung der jetzt anstehenden Großprojekte hat die SPD zwar beantragt, fremde Fachhilfe in Anspruch zu nehmen. Der Gemeinderat hat dem auch zugestimmt.

Aber dies ersetzt nicht eine ausreichende Besetzung der Verwaltung, zumal auch die Fremdleistungen durch die Gemeinde konsequent gesteuert werden müssen.

Gerhard Jakobi



# SO WÄHLEN SIE RICHTIG

## Zwei Kreuze

Die Bundestagswahl verwöhnt uns Wähler. Denn diesmal gibt es nur einen und noch dazu kleinen Wahlzettel. Und auf diesem Wahlzettel dürfen wir nur zwei Kreuze machen.

## Zweitstimme

Lassen Sie sich von dem Wort Zweitstimme nicht verwirren. Denn diese ist für die Parteien die eigentlich wichtige. Mit dieser Stimme, die wir für eine Partei abgeben, bestimmen wir, ob eine Partei überhaupt Abgeordnete nach Bonn entsenden kann

(mehr als 5% der Zweitstimmen) und wieviele Abgeordnete es sein werden.

## Erststimme

Mit der Erststimme wählen wir einen der Direktkandidaten aus unserem Wahlkreis. Wir können mit dieser Stimme also "nur" Einfluß darauf nehmen, wer aus unserem Stimmkreis im Bundestag sitzt.

## Briefwahl

Die Wahlbenachrichtigungskarte ist Ihnen von der Gemeinde schon zugesandt wor-

den. Wenn Sie am Wahltag verreist sind oder aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sind, zum Wählerins Wahllokal zu gehen, dann können Sie Briefwahl beantragen. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung ist der Antrag dazu abgedruckt. Sie schicken diesen Antrag an die Gemeinde, gehen selbst hin oder bitten jemanden, dies für Sie zu erledigen. (Dann müssen Sie dem hilfreichen Geist eine Vollmacht ausschreiben!) Die Gemeinde schickt Ihnen dann die Briefwahlunterlagen zu. Dies ist noch möglich bis zum 23. Januar, 18 Uhr.

**Stimmzettel**  
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 210 Starnberg  
am 25. Januar 1987

**Sie haben 2 Stimmen**

**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
eines Wahlkreis-  
abgeordneten

**Erststimme**

1	Gröbl, Wolfgang <small>Landrat Wangau-Bemloh Schäftlarnhof</small>	CSU	Christlich- Soziale Union in Bayern	<input type="radio"/>
2	Scholz, Dagmar <small>Lehrerin Gäuling Leutstaller Str. 20</small>	SPD	Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Leutheuß-Schnarrenberger, Sabine <small>Regierungsdirktorin Starnberg Possenhofener Straße 45</small>	F.D.P.	Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Unger, Peter <small>Programmiererin Gleiching Gernholweg 18</small>	GRÜNE	DIE GRÜNEN	<input type="radio"/>

**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)  
- maßgebende Stimme für die Verteilung der  
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

**Zweitstimme**

<input type="radio"/>	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern <small>Christl. B. Wegerl, Dr. Zimmermann, Frau Köhler, Dr. Eckerle</small>	1
<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands <small>Dr. Emmertinger, Frau Schmitt, Starnberg, Frau Dr. Günther-Greif, Dr. Grotz</small>	2
<input type="radio"/>	F.D.P.	Freie Demokratische Partei <small>Engelhardt, Frau Dr. Heilmann, Frau Eimer, Günther, Farnham</small>	3
<input type="radio"/>	GRÜNE	DIE GRÜNEN <small>Frau Sabing, Jungbauer, Frau Pott, Dr. Oberly, Frau Kuhn</small>	4
<input type="radio"/>	Bayernpartei		5

...ein  
bißchen  
größer  
ist er  
am  
nächsten  
Sonntag  
schon...

ANZEIGE

# STIEGLER

<p><b>Gips- und Holz- Innenausbau</b></p> <p>Feuerschutz Trennwände Akustikdecken Unterböden</p>	<p>Haustüren Innentüren Fenster</p>	<p>Kalmbachstraße 9 8113 Kochel a. See Telefon 08851/ 486 08851/1592</p>
--	---	--

# ÜBER DIE QUAL <sup>bei</sup> DER WAHL

VON INGEBORG KUGELMANN

Jetzt sind wir mittendrin im Wahlkampfgetöse! Vielleicht gehören Sie zu denen, die sich längst entschieden haben, welcher Partei sie Ihre Stimmen geben werden, oder gar zu den Glücklichen, die Stammwähler genannt werden. Dann können Sie sich kopfschüttelnd in Ihrem Stuhl zurücklehnen und das Treiben der Parteien lächelnd beobachten.

Wenn Sie sich noch nicht entschieden haben, dann ist die Sache schon schwieriger. Wen soll ich wählen? Nach welchen Gesichtspunkten soll ich mich entscheiden?

Vermutlich haben Sie die Wahlprogramme aller Parteien auf dem Tisch liegen und studieren sie schon eifrig. Nein? Es genügt Ihnen schon, was Sie von den Parteien so im Vorbeigehen hören und sehen können?

Dann wird es für mich jetzt schwierig. Ich wollte Sie nämlich gerade dazu einladen, einige grundlegende Aussagen der SPD zu zwei wichtigen Themen dieses Wahlkampfes unter die Lupe zu nehmen.

## Die Industriegesellschaft...

Wir leben in einem hochindustrialisierten Land - und das nicht schlecht. Jedenfalls nicht hier in Icking. Wir wissen auch, daß dies seinen Preis hat, hier und anderswo: Waldsterben, Wasserverseuchung, Luftverschmutzung, Artensterben und so weiter. Blühende Wirtschaft und hoher Lebensstandard oder saubere Umwelt, das scheint der Gegensatz unserer Tage zu sein. Und nun setzt sich die SPD zwischen alle politischen Stühle. Sie macht aus dem Gegensatz, dem "oder", ein "und".

## ... ökologisch erneuern

Industrieproduktion und saubere Umwelt müssen kein Gegensatz sein. Wenn wir es politisch wollen, dann können wir unsere Intelligenz, unsere Technologie dafür einsetzen, daß trotz Industrie die Umwelt Schritt für Schritt sauberer wird. Sie kennen das: Abgasreinigung, Katalysatorautos, Entschwefelungsanlagen, Energieeinsparung dadurch, daß wir Energie besser ausnützen. All das ist technisch möglich und würde zudem viele neue Arbeitsplätze schaffen. Die SPD geht dabei von dem

Grundgedanken aus: Wer Dreck produziert, muß ihn auch unschädlich machen! Das Ganze hat nur einen Haken: Es kostet Geld. Da tönen dann die einen: unmöglich, das ruiniert uns, das sind Kosten, die uns nicht mehr konkurrenzfähig machen. Die anderen sagen: das muß sofort und umfassend passieren, wie es bezahlt wird, ist nicht unser Problem.

Auch bei der Frage, ob wir aus der Atomenergie aussteigen sollen, kann man dieses "Ganz" und dieses "Gar nicht" hören. Auch hier meint die SPD: lieber langsam, geordnet aussteigen als gar nicht; und sofort alles abschalten ist halt unmöglich. Wollen allein genügt nicht immer, man muß auch können. Die USA gehen längst den von der SPD vorgeschlagenen Weg, ihr Untergang deshalb ist noch nicht in Sicht. Und wenn die Bundesrepublik, eines der reichsten Länder, diesen Weg sich wirtschaftlich nicht leisten kann, wer dann?

## Konservativ?

Und jetzt wird's verwirrend. Die Sozialdemokraten standen immer auf der Seite des Fortschritts. Neue Technologien hießen immer auch: bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeit, höherer Lebensstandard für die Arbeitnehmer. Für die Konservativen in unserem Land, deren politischer Name sich in den letzten 120 Jahren mehrmals geändert hat, war Industrie zunächst etwas eher Fremdes, sie wollten das Alte bewahren. Irgendwann schlugen nun beide Gruppierungen in der Umweltfrage einen Purzelbaum. Der Glaube, allein höhere Produktion könne die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung bessern, ging den Sozialdemokraten verloren. Das Bewahren unserer natürlichen Lebensverhältnisse wird wichtiger als Produktivität. Und die Konservativen haben den Fortschrittsglauben der Sozialdemokraten übernommen: Hauptsache der Rubel rollt, mit der Umwelt wird's schon nicht so schlimm werden.

## Und wieder: Aus "oder" wird ein "und"

Treu zu unserem Bündnispartner USA stehen, fest in der NATO verwurzelt sein oder Annäherung an Osteuropa und die Sowjetunion, auch daraus wird oft ein Gegensatz gemacht.

# Geburt einer Kandidatin

So ähnlich, wie Dagmar (D) und Dr. Roland (R) Scholz es hier für den SCHAUKASTEN aufgeschrieben haben, unterhielten sich die jetzige Kandidatin und ihr Ehemann vor etwa einem Jahr.

D: Utz-Peter hat angerufen. Er will mich überreden, für den Bundestag zu kandidieren. Der Kreisvorstand meint, dieses Mal müsse uns eine Frau vertreten.

R: Aber warum gerade Du?

D: Also, zunächst geht es nicht um mich. Es geht darum, daß Frauen in der Politik mehr Einfluß bekommen.

Wir können nicht unsere Minderheit im Parlament bejammern, wenn Frauen nicht bereit sind einzusteigen.

R: Verzeih, aber ich meine, Du tust hier schon genug, im Gemeinderat und im Kreistag.

D: Mag sein. Aber ich sehe hier auch, wie mein Kampf für eine gesunde Umwelt blockiert wird durch Vorga-

ben aus Bonn. Dort werden die Weichen gestellt.

R: Bist Du denn sicher, daß Frauen in Bonn eine andere Politik machen würden?

D: Allerdings! Nehmen wir mal die Sicherheitspolitik. Es wäre für unser Land besser, wenn die nicht ausschließlich von Männern bestimmt würde. Mit mehr Frau-

Fortsetzung nächste Seite

## Hier der Westen...

Wenn die USA und die Bundesrepublik wirklich Partner sind, es kein "oben" und kein "unten" gibt, dann ist es möglich, sich nüchtern anzuschauen, wo gemeinsame Interessen sind und an welchen Punkten verschiedene Interessen vorliegen. Partnerschaft heißt zu sagen, dieses sehen wir gleich, aber auch: jenes sehen wir anders. Wir wollen oder müssen gar eine andere Politik betreiben als die USA, die weit weg liegen von Europa.

## ...dort der Osten...

Und jetzt zur Annäherung an Osteuropa und die Sowjetunion. Auch hier gilt: Wir müssen nicht so werden wie sie, wir stehen ihrem politischen System sehr kritisch gegenüber, aber miteinander reden, Handel miteinander treiben, Angst voreinander abbauen, das kann man trotzdem. Und das liegt auch in unserem Interesse. Denn Länder, die sich von uns bedroht fühlen, werden auch uns bedrohen. Wir müssen klar sehen, daß wir in Europa alle aufeinander angewiesen sind, denn Frieden können wir nur gemeinsam haben.

## ...und wir dazwischen

Aber warum sollen wir nicht selbstbewußt sagen: Unsere Interessen liegen im Westen, in der NATO, und im Osten. Und wir müssen sie selbst vertreten, das nimmt uns nie-

mand ab. Die CSU hat unlängst verkündet, daß sie die Entspannungspolitik der 70er Jahre zurücknehmen will. Meine Frage ist: Wohin zurück? In die Zeit des Kalten Krieges? Was würde uns das nützen? Was hat sich für die Menschen verschlechtert durch die Entspannungspolitik? Daß die Reisemöglichkeiten in den Ostblock und die Sowjetunion besser geworden sind? Oder daß heute mehr Menschen als je zuvor aus der DDR zu uns kommen können in wichtigen Familienangelegenheiten? Natürlich ist in der Beziehung zum Osten noch längst nicht alles in Butter, ich will nichts beschönigen, aber welche echte Alternative gibt es zu geduldigen Gesprächen, vorsichtigem Aufeinanderzugehen? Es wird keinen Dritten Weltkrieg geben, nur einen letzten.

## Geduld

Wir leben in einer Welt, in der alles mit allem verknüpft ist und wir die Verknüpfungen oft nicht mehr durchschauen können. Sie möchten lieber klare Lösungsvorschläge, in wenigen Sätzen wissen, wo es langgeht? Ich auch. Sie finden es langweilig und mühsam, immer nur kleine Schritte in die richtige Richtung gehen zu können, Sie sind ungeduldig? Ich auch. Aber wir haben keine Alternative zu den kleinen geduldigen Schritten, um unseren Kindern eine lebenswerte Welt, ein Leben in Geborgenheit und Sicherheit zu ermöglichen.

Ingeborg Kugelmann

# Geburt...

en im Parlament hätte Kohl im Herbst 83 keine Mehrheit für die Pershings bekommen.

R: Vielleicht. Wenn's ums Leben geht, reagiert Ihr vernünftiger. Ihr laßt Euch nicht so leicht blenden von Argumenten, die Gefahren vertuschen sollen.

D: Meinst Du, ob ich der Familie die Belastung zumuten darf?

R: Die Kinder sind erwachsen und fast aus dem Haus. Um mich mach Dir keine Sorgen. Und wenn Du einen Sekretär brauchst, nimm Deinen Mann!

D: Danke! Also, mich würd's schon reizen, obwohl mir vor der Verantwortung recht bange ist.

R: Verständlich! Aber ich bin überzeugt, daß Du's in Bonn richtig machen würdest. Ich fände es sogar gut, wenn Du unser gemeinsames Anliegen im Bundestag vertreten könntest. Ja, Du solltest kandidieren. Ich jedenfalls werde Dich wählen - mit beiden Stimmen!

# SPD

Mehrheit für gefahrlose Energiewellen

## Die schwarz-grüne Koalition

Die Lieblingsbeschäftigung der Union in diesem Wahlkampf ist das Drohen mit den Folgen einer angeblich bevorstehenden rot-grünen Koalition. Um das zu betonen, hat sie ihren Schlußwahlkampf unter das Motto gestellt: "Zukunft statt Rot-grün".

Betrachtet man jedoch die politische Wirklichkeit, so kann man sehen, daß es stattdessen eine schwarz-grüne Koalition gibt, die sich gegen die SPD richtet. Sie äußert sich allerdings nicht in einem gemeinsamen Programm und nicht nur in gemeinsamen Angriffen gegen die SPD (die zum Beispiel von den GRÜNEN als "NATO-Partei, Kapital-Partei und Atom-Partei" bezeichnet wird, - SZ, 29.12.86).

Diese schwarz-grüne Koalition äußert sich in einem gemeinsamen Politikstil von Union und GRÜNEN: Sie leugnen die Komplexität der Probleme in unserer hochindustrialisierten Welt und verkünden stattdessen lautstark einfache Lösungen.

Diese Gemeinsamkeit vollziehen beide freilich auf unterschiedliche Art. Bei der einen Seite, der Union, findet sich schrankenloser Optimismus, der die Probleme verdrängt, statt sie zu lösen und sich mit lärmendem Schulterklopfen selbst feiert. Er findet seinen Höhepunkt im Wahlkampfparole der Union, einem dumpfen "Weiter so".

Als Beispiel kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit gelten. CDU und CSU haben im letzten Wahlkampf versprochen, die Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres auf eine Million zu senken. Trotz des offenkundigen Mißerfolges preist die Regierung ungeniert ihre "Erfolge". Weiter so?

Oder die Atomenergie. Auch nachdem durch Tschernobyl die Risiken dieser Technologie auf bedrückende Weise für uns alle deutlich geworden sind, macht sich die Regierung nicht die Mühe, nachzudenken. Augen zu und durch: Man beruft schnell einen Umweltminister (ohne Kompetenzen) und hofft ansonsten auf Vergeßlichkeit. Weiter so?



*Photobene*  
**Kleinkunst-Pub  
in Wolfratshausen**  
Sauerlacher Straße 49  
jeden Freitag  
Live-Musik

Hier kommen wir zu den GRÜNEN. Deren Position zur Atomenergie ist zwar derjenigen der Union genau entgegengesetzt, aber in der Realität bewirkt sie dasselbe. Denn einen "sofortigen Ausstieg" zu fordern, zeugt von einer souveränen Mißachtung aller politischen, rechtlichen und finanziellen Realitäten. Und wer dies zur Bedingung für politische Zusammenarbeit macht, verhindert eben das, was er zu fördern vorgibt.

Genauso realitätsfern ist die Forderung nach Austritt aus der NATO. Als ob dadurch automatisch alle Waffen und Konflikte verschwänden! Glaubt bei den GRÜNEN denn einer, daß sich Ost und West dann über unsere Köpfe hinweg streiten würden, ohne uns dabei etwas zu tun? Wie soll man denn von außerhalb des Bündnisses den Einfluß haben, den die Bundesrepublik in ihm einmal hatte und mit einem fähigen Kanzler wiedererlangen könnte? Die Lösungsangebote müssen "konsequent" und einfach sein, da die Schwarzen wie

die GRÜNEN sich von solch griffigen "Aussagen" beim Wähler am meisten versprechen. Doch der komplizierten Wirklichkeit wird man so nicht gerecht, weder mit den außenpolitischen Daherschwätzereien von Kanzler Kohl noch mit dem Slogan der GRÜNEN: "Die Umwelt stirbt. Die Industrie kassiert". Wahlkämpfe mag man damit gewinnen, denn Schlagworte setzen sich vielleicht gegen eine differenzierte Argumentation durch. Aber den Interessen der Bundesrepublik und aller Bürger ist damit nicht gedient. So ist die Union dran schuld, wenn wir in den nächsten Wirtschaftswirtschaftsabschwung mit einer Sockelarbeitslosigkeit von 2 Millionen gehen, so haben es die GRÜNEN zu verantworten, wenn der Ausstieg aus der Atomenergie nicht beginnt. Gegen den schwarzen und den grünen Fundamentalismus setzt die SPD ihren an Reformen orientierten Realismus. Sie will eine "Zweite Ostpolitik", um die Bedrohung und Konfrontation im hochgerü-

steten Europa zu verringern, nicht den "Ausstieg aus der Entspannungspolitik", den die CSU fordert (SZ, 5.1.87), oder eine Nachrüstung bei Kurzstreckenraketen. Sie will mehr soziale Gerechtigkeit, auch durch aktive Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Sie will nicht weiteren Abbau der Arbeitnehmerrechte durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, wie die FDP sie anstrebt. Sie will eine ökologische Reform der Marktwirtschaft, will eine aktive Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels, aber mit sozialer Steuerung zum Wohl der Menschen. Sie will keine nackte Marktideologie und keinen Ausstieg aus der Industriegesellschaft.

Die SPD will die Probleme angehen und nicht verleugnen, sie bietet umsetzbare Konzepte und keine Utopien. Das ist natürlich nicht so einfach. Aber es ist wahrhaftiger.

Andreas Busch

### Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief

Ihr Leitartikel vor der Landtagswahl in Bayern, in dem Sie sich mit der sog. "grün-blaugelben 5-Prozent-Lotterie" beschäftigten und damit in ungewohnt polemisch-belehrendem Ton die Wähler der Grünen und der FDP zu verunsichern suchten, hat mich doch sehr geärgert.

Offensichtlich ziehen Sie im "Kampf" um das Wählerpotential die Spekulation verschenkter Stimmen gegenüber wirklichen politischen Inhalten und Abgrenzungen vor.

Grüne- und FDP-Wähler wurden also diesmal nicht nur von der CSU verhöhnt.

Schließlich bedeutet Wahl, Möglichkeit zum Ausdruck eines breiten Meinungsspektrums, unterschiedlicher Interessen und Überzeugungen, mit durchaus realen Chancen für

kleinere Parteien in der parlamentarischen Vertretung (wie sich jetzt durch den Einzug der Grünen in den bayerischen Landtag gezeigt hat).

In Ihrem Artikel versuchten Sie diese wichtige demokratische Grundlage allein durch die Spekulation verschenkter Stimmen zu untergraben, das Meinungsbild durch simples Wunschdenken einer Zwei-Parteien-Machtaufteilung zu manipulieren und gingen am eigentlichen politischen Gegner, - der CSU -, vorbei.

Mit freundlichem Gruß und in Hoffnung auf differenziertere Standpunkte

Silke Jakobi  
Kirchenleite 5  
8021 Icking



# Hans-Jochen Vogel kommt.

**Dienstag  
20. Januar 1987  
20 Uhr**

# Wolfratshausen Loisachhalle

**ab 19 Uhr  
spielt die Irschenhauser Blasmusik**

## Dagmar Scholz

geboren am 11. Oktober 1937  
Ausbildung als Krankenschwester  
Studium der Pädagogik  
seit 1973 Lehrerin an der  
Grundschule in Gauting  
verheiratet, 3 erwachsene Kinder  
Kreisrätin in Starnberg  
Gemeinderätin in Gauting

Unsere Kandidatin äußert sich im nebenstehenden Artikel "Tschernobyl und die Mütter" über die Reaktorkatastrophe und Versäumnisse zahlreicher Politiker. In ihrem Beitrag schildert sie auch das Nürnberger Programm der SPD für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

## Impressum

**ICKINGER SCHAUKASTEN**

*Nummer 18, Januar 1987*

Herausgegeben vom  
**SPD-Ortsverein Icking**

Redaktion: **Marianne Gutwillinger** (Veranstaltungen), **Philipp Kreißelmeier** (verantwortlich), **Ingeborg Kugelmann**, **Erika Kalix**

Redaktionsanschrift:  
**Ph. Kreißelmeier, L.-Dürr-Str. 33, 8021 Icking, Tel. 08178-5201**

# Tschernobyl und die Mütter

Dieser Mai brachte uns eine Umweltverschmutzung von erschreckender Plötzlichkeit. Wir waren einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt, die wir einatmeten und mit der Nahrung aufnahmen. Wir sorgten uns um die Gesundheit der Kinder. Wir fürchten die Spätfolgen, die auftreten können, wenn die heutigen Kleinkinder in das Berufsleben treten und Familien gründen wollen.

In dieser bedrückenden Situation haben wir wenig Hilfe von den verantwortlichen Politikern erfahren, -- nicht vom Bundesinnenminister mit der Strahlenschutzkommission, auch nicht von der Gesundheitsministerin, von der als Frau und Mutter wir mehr Besorgnis erwartet hätten.

Es war uns klar, daß die Strahlenbelastung nicht harmlos war; denn die geltende Strahlenschutzverordnung sagt, daß jede Belastung mit Radioaktivität so klein wie möglich zu halten ist.

Wir fragten uns, ob das überhaupt noch gilt. Die Gesundheitsministerin verordnete nämlich für Milch und Gemüse Grenzwerte, die zu einer Belastung der kindlichen Schilddrüsen mit mehr als dem 30-fachen der maximal zulässigen Dosis führen mußten, wie selbst die Strahlenschutzkommission zugab.

Jedoch der Innenminister erklärte, daß kein Grund bestehe, die Ernährungsgewohnheiten zu ändern. Wer das anzweifelte, wer an geltende Verordnungen und die Gefährlichkeit der Radioaktivität erinnerte, wer seine Mitmenschen warnte und auch weiterhin zur Vorsicht mahnt ("Vorsicht ist besser als Nachsicht!"), dem wird "Panikmache" vorgeworfen.

Wenn dereinst die Zunahme an Leukämie und Krebs sich als gering erweisen sollte, so würden wir das nicht Herrn Zimmermanns und Frau Süßmuths Fürsorge verdanken, sondern nur dem wachen Instinkt vieler Mütter. Sie haben Grenzwerten und Unbedenklichkeitserklärungen mißtraut; sie haben Informationen geholt und die Ernährung umgestellt. Mit ihrer Vorsicht haben die Mütter

mehr Schaden vom Deutschen Volke abgewehrt als diejenigen, die geschworen haben, das zu tun.

Für Mütter sind "gesunde Kinder das köstlichste Gut eines Volkes", wie es in Artikel 125 der Bayerischen Verfassung steht. Dort heißt es weiter "Jede Mutter hat Anspruch auf die Fürsorge des Staates"; doch die haben sie nicht erfahren. Welcher Innenminister hat ihnen im Mai geraten, die Kinder im Hause zu halten? Welche Gesundheitsministerin hat in der besonders kritischen Zeit den Verzehr von Frischmilch und Frischgemüse verboten? Welcher Landwirtschaftsminister versuchte, zumindestens Kleinkinder und Schwangere mit wenig verseuchten Nahrungsmitteln zu versorgen? Schnell sind sie alle wieder zur täglichen Routine gegangen, so als ob nicht gesunde Kinder, sondern eine gesunde Atomindustrie unser köstlichstes Gut ist.

Die Mütter aber, die sich bei ihrem täglichen Einkauf fragen, ob sie dieses oder jenes unbesorgt ihren Kindern geben dürfen, diese Mütter denken weiter. Sie wissen, daß Atomenergie nicht in Menschenhand gehört. Sie fürchten das "Rest-Risiko", das uns jederzeit tödlich treffen kann. In 478 Störfällen innerhalb von 3 Jahren sehen sie keinen Beweis für die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke. Ihnen gibt ein Satz aus dem Brief des Atomphysikers Professor Huster an den damaligen Bundespräsidenten Scheel sehr zu denken, "Bereits im Normalbetrieb geben Reaktoren so viel Radioaktivität ab, daß Ihre verehrte Frau Gemahlin getrost ihre Krebshilfe einstellen könnte."

Die Mütter fordern den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir Sozialdemokraten wollen den Ausstieg möglich machen.

Die Meinungs- und Mehrheitsbildung für den Ausstieg hat in der SPD viele Jahre gebraucht, - viel zu lange für alle (wozu auch ich mich zähle), die Erhard Epplers frühe Warnungen begriffen hatten, aber vielleicht noch nicht zu spät, um von einem verhängnisvollen Weg herunterzukommen.

Im August haben wir auf dem Parteitag in Nürnberg fast einstimmig den "Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft" beschlossen. Die überzeugende Mehrheit, die unser Programm gefunden hat, garantiert, daß die SPD mit dem Ausstieg beginnt, wenn die Mehrheitsverhältnisse sich in Bonn demnächst ändern und der Bundeskanzler Johannes Rau heißt.

Zu unserem Nürnberger Programm eines Ausstiegs aus der Atomenergie gehören:

- kein Neubau von Atomkraftwerken,
- Verzicht auf Wiederaufbereitung und schnelle Brüter (Wackersdorf wird nicht gebaut und Kalkar nicht in Betrieb genommen),
- Abschaltung sämtlicher Atomkraftwerke älterer Bauart in den nächsten beiden Jahren,
- rasche Rauchgas-Entschwefelung und Entstickung bestehender Kohlekraftwerke,
- Förderung von Energiesparmaßnahmen,
- Nutzung der Verlustwärme aus Kraftwerken durch Ausbau des Fernwärmenetzes,
- Neubau von dezentralen Kohlekraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung,
- Zug und Zug Abschaltung auch der Atomkraftwerke neuerer Bauart in dem Maße, wie sie durch Energieeinsparungen und Inbetriebnahme schadstoffarmer Kohlekraftwerke überflüssig werden,
- zügige Erforschung der regenerativen Energiequellen,
- Ausbau einer umweltfreundlichen Kohletechnologie,
- Umstrukturierung des Energieversorgungssystems mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen,
- Einführung eines neuen Tarifsystems, das nicht mehr die Verschwendung von Energie begünstigt.

Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Umstieg auf umweltfreundliche Verfahren soll spätestens in 10 Jahren beendet sein.

Daß solch ein Programm realistisch ist, daß es Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft ankurbeln wird, das hat selbst das industriefreundliche Rhei-

nisch-Westfälische Industrieforschungs Institut kürzlich bestätigt. Sein Gutachten war vom Wirtschaftsminister in Auftrag gegeben worden. Da aber das gewünschte Ergebnis nicht herausgekommen ist, also keine "Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Verelendung", wie Kohl uns weismachen wollte, möchte man es jetzt vergessen machen.

Daß ein weiteres Verfolgen des Atomkurses auf die Dauer auch wirtschaftlich untragbar ist und unseren Wohlstand schließlich untergraben wird, daß es keinen Anstoß für die Entwicklung neuer Technologien bietet, das belegen zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Studien. Doch die Unionsparteien, allen voran der CSU-Vorsitzende, verschließen sich diesen Einsichten. Sie sind Gefangene der Atomindustrie.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land nur in einer Industriegesellschaft möglich sind, und wir sagen dazu uneingeschränkt "Ja". Andererseits wissen wir inzwischen auch, daß der eingeschlagene Weg zu immer mehr Zentralisierung und Großtechnologie nicht richtig ist. Die Risiken werden so gewaltig, daß Mensch und Maschine ohne Fehler arbeiten müssen, eine unmögliche Forderung, wie wir vor Seveso-Bhopal-Challenger-Tschernobyl-Sandoz hätten wissen können. Tschernobyl und nun die Rheinkatastrophe haben uns endgültig die Augen geöffnet. Wir müssen umdenken! Der Ausstieg aus der Atomenergie wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer zukunftsorientierten Gestaltung der Industriegesellschaft.

Es liegt jetzt auch bei den Müttern, durch Wählen dafür zu sorgen, daß unser Programm zum Ausstieg aus der Atomenergie Wirklichkeit wird.

*Dagmar Scholz*

Kandidatin der S P D  
für den Bundestagswahlkreis 210  
der Landkreise Starnberg,  
Miesbach, Bad Tölz/Wolfratshausen  
8035 Gauting, Leutstettener Straße 20

# DER RASENDE RULAND

Dr. Ruland treibt's auf die Spitze: Nicht nur in der Juli-, nein, auch noch in der Dezember-Ausgabe von "Icking aktuell", gleich unter den Weihnachtswünschen, befaßt er sich, nun also schon zum zweitenmal und ohne die Richtigstellung im Juli-SCHAUKASTEN zu beachten, mit der Oster(!)-marsch-Bewegung.

An sich hatte ich dem früheren langjährigen CSU-Vorsitzenden (und gelernten Lehrer) schon im Juli geantwortet, daß sein Vorwurf nicht zutrifft. Aber obwohl ich nicht Lehrer gelernt habe (bloß manchmal, siehe Leserbrief, in belehrendem Tonfall schreibe), greife ich nun notgedrungen zum methodisch wertvollen Mittel der Wiederholung. (Sollte auch das nichts helfen, nehme ich das nächstemal Farbkreide.)

Also: Schon im Juli-SCHAUKASTEN hatte ich mir erlaubt, den immerzu anonym schreibenden Dr. Ruland dahingehend zu beruhigen, daß die Ickinger SPD "schon aufpaßt, für wen sie Werbung macht. In den hiesigen 'organisierenden und koordinierenden Gremien' sind Kommunisten nicht mehr 'führend vertreten'". Doch wieder hält der CSU-Mann der Ickinger SPD die "offene Unterstützung der kommunistisch gelenkten Ostermarschbewegung" vor. Und fährt fort, jetzt über den Friedenskreis, der der SPD helfe: Er nehme "zwar die Nachrüstung des Westens, nicht aber kommunistische Aggressionen in Afghanistan und sonst in der Welt zur Kenntnis". - Ob ein christlicher Politiker über eine christliche Initiative so die Unwahrheit verbreiten darf, bezweifle ich.

Veranstalter der Ostermärsche der letzten Jahre waren, um's mal ganz ausführlich darzustellen, mehrheitlich Arbeitskreise von evangelischen Kirchengemeinden in unserer Gegend. Außerdem dazu aufgerufen haben Gewerkschaften (GEW, ÖTV), demokratische Parteien und ihre Untergruppen (Grüne, sozialdemokratische Frauen, Jusos...), Pfadfinder, terre des hommes, Einzelpersonen wie der damalige Geretsrieder Bürgermeister Heinz Schneider (ein nützlicher Idiot Moskaus?) und die - zugegeben - suspekten Gruppe "VVN Bund der Antifaschisten", die aber als kommunistische Tarnorganisation(?) im Kreise der seriösen Gruppen und Personen hoffnungslos in der Minderheit war.

Man muß also schon reichlich verbohrt sein, um hier wiederholt von kommunistischer Lenkung zu faseln. Da Herr Dr. Ruland mir aber offensichtlich nicht glaubt, zitiere ich jetzt aus meinem "Deutschen Wörterbuch in sechs Bänden" (Brockhaus-Wahrig): "Ostermarsch: in der Osterzeit veranstalteter Demonstrationmarsch für den Frieden, bes. gegen die nukleare Rüstung in der Welt". In der Welt, Herr Ruland, in der Welt! Nicht: "in der westlichen Welt", wie Sie Wiederholungs-täter behaupten. Übrigens könnten wir Demokraten uns vielleicht darauf verständigen, daß es erfolgversprechender und legitim ist, wenn die amerikanische und die europäische Friedensbewegung zunächst und vor allem versuchen, auf die amerikanische und die europäischen Regierungen Einfluß zu nehmen?

Aber vielleicht ist Herr Dr. Ruland gar nicht verbohrt und es geht ihm gar nicht um unsere "kommunistische Unterwanderung". Vielleicht möchte er nur gerne die SPD grundsätzlich in ein schiefes Licht rücken und findet dazu kein geeignetes Sachthema? Das wäre für uns natürlich ein Kompliment.

Philipp Kreißelmeier

## Süddeutsche Zeitung:

"(Es) erscheint unredlich, wenn die CDU/CSU der SPD vorwirft, sie grenze sich nicht genügend gegen die 'Linken' ab, während sie selbst sich nach 'rechts' öffnet." 13.1.87

## **Zitat Johannes Rau**

"Wer die Zukunft für uns und unsere Kinder sichern will, der muß jetzt mit uns den Mut zur Erneuerung der Politik und übrigens auch des politischen Stils haben."

### **Guten Morgen Frühstück**

Frische Semmeln, Milch...  
und alles, was Sie zum  
Frühstück brauchen -  
frühmorgens an die Haustür

**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**  
**Frühstücksdienst**

### **Guten Morgen Frühstück**

Einfach anrufen und ein  
Probe-Frühstück bestellen  
Fritz Michahelles, T. 3210